Stand: 13.12.2025 08:18:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16311

"Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern: Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)" 03.03.2017 - 29.05.2017"

Vorgangsverlauf:

- 1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/16311 vom 04.04.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16943 des VF vom 16.05.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/17027 vom 18.05.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 18.05.2017

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

04.04.2017 Drucksache 17/16311

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll. Steuern:

Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)"

03.03.2017 - 29.05.2017

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

- Der Ausschuss hat in seiner 57. Sitzung am 4 April 2017 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
- Der Ausschuss hat beschlossen, das Verfahren zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zu überweisen.
- 3. Die Staatsregierung wird gebeten, für die federführende Beratung eine Stellungnahme mit einer Beschlussempfehlung vorzulegen.

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung.

Das EU-Parlament hat mit einer Entschließung vom 14.02.2017 die Europäische Kommission zum wiederholten Mal aufgefordert, "konkrete Vorschläge für den uneingeschränkten Schutz von Personen vorzulegen, die illegale Tätigkeiten und Unregelmäßigkeiten aufdecken".

Im Hinblick darauf verfolgt die Europäische Kommission mit dieser Konsultation das Ziel, Daten zu sammeln, um die Handlungsspielräume für eine Verbesserung des Schutzes von Whistleblowern auf EU-Ebene auszuloten.

Die Konsultation richtet sich u. a. an öffentliche Behörden, Richter und Staatsanwälte. Auch die bayerische Justiz ist somit unmittelbar angesprochen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

16.05.2017 Drucksache 17/16943

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Drs. 17/16311

Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:

Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)" 03.03.2017 - 29.05.2017

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag teilt die von der 87. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder vom 01./02.06.2016 mit Zustimmung Bayerns geäußerte Auffassung, dass die bestehenden Möglichkeiten zum Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer Überprüfung bedürfen. Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Konferenz mit der Stimme Bayerns beschlossen hat, die Bundesregierung um Prüfung zu bitten, ob der Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Das Ergebnis dieser Prüfung sollte abgewartet werden, wird aber nicht vor Ende der Frist für die Beteiligung an dem Konsultationsverfahren am 29.05.2017 vorliegen. Sollte eine Bewertung des Ergebnisses der von der Bundesregierung vorzunehmenden Prüfung einen Handlungsbedarf des Landtags ergeben, wird gegebenfalls eine entsprechende Stellungnahme nachgereicht werden.

Berichterstatterin: Mechthilde Wittmann Mitberichterstatter: Franz Schindler

II. Bericht:

- Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO endberaten.
- Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 71. Sitzung am 27. April 2017 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO)
- Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 71. Sitzung am 27. April 2017 federführend beraten und einstimmig zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 59. Sitzung am 16. Mai 2017 endberaten und einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses empfohlen.

Franz Schindler Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

18.05.2017 **Drucksache** 17/17027

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:

Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)"

03.03.2017 - 29.05.2017

Drs. 17/16311, 17/16943

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag teilt die von der 87. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder vom 1./2. Juni 2016 mit Zustimmung Bayerns geäußerte Auffassung, dass die bestehenden Möglichkeiten zum Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer Überprüfung bedürfen.

Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Konferenz mit der Stimme Bayerns beschlossen hat, die Bundesregierung um Prüfung zu bitten, ob der Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Das Ergebnis dieser Prüfung sollte abgewartet werden, wird aber nicht vor Ende der Frist für die Beteiligung an dem Konsultationsverfahren am 29. Mai 2017 vorliegen. Sollte eine Bewertung des Ergebnisses der von der Bundesregierung vorzunehmenden Prüfung einen Handlungsbedarf des Landtags ergeben, wird gegebenenfalls eine entsprechende Stellungnahme nachgereicht werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass

der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

in seiner Sitzung am Dienstag die unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten öffentli-

chen Konsultationsverfahren zum Schutz von Hinweisgebern und zur Betrugsbekämp-

fung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer, bei denen die Frist Ende Mai abläuft, ab-

schließend beraten und empfohlen hat, die auf den Drucksachen 17/16943 und

17/16946 ausgedruckten Stellungnahmen abzugeben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundla-

gen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende

Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend

der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind

die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
` ,	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
` ,	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

(Z)

 Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern:

Öffentliche Konsultation zum "Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)" 03.03.2017 – 29.05.2017

Drs. 17/16311, 17/16943 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Steuern:

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer

02.03.2017 - 31.05.2017 Drs. 17/16312, 17/16946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bildung ist mehr als Schule I: Lernerfahrungen an außerschulischen Lernorten als Teil der Schulkultur etablieren Drs. 17/14517, 17/16844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD 10.000 Häuserprogramm – Förderungen auf erneuerbare Energien konzentrieren Drs. 17/15637, 17/16690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung fortführen Drs. 17/15652, 17/16700 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU Lebensmittelverschwendung einschränken, Lebensmittelverwertung optimieren Drs. 17/15735, 17/16701 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach u.a. CSU Fortschreibung des bayerischen Aktionsplans Inklusion durch ein Fachgespräch begleiten! Drs. 17/15736, 17/16761 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen schützen: Kontrollsystem verbessern
Drs. 17/15741, 17/16845 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Bericht über Neuregelung der Lese- und Rechtschreibstörung
	Drs. 17/15856, 17/16665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht fortschreiben Drs. 17/15859, 17/16683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Expertenanhörung: Ultrafeinstaub – Ursachen und Gesundheitsrisiken Drs. 17/15871, 17/16702 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU Wohnortnahe Bargeldversorgung Drs. 17/16015, 17/16691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Bachhuber u.a. CSU Bayerntourismus 4.0 IV: Steigerung der Marktpräsenz der Privat- und Kleinvermieter durch Beratung und Verbesserung der Online-Buchbarkeit Drs. 17/16020, 17/16692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z